48. Ist der als schuldiger Teil erklärte Ehemann zur Verabreichung von Alimenter an seine geschiedene Ehefrau verpflichtet? Unter welchen Voraussetzungen ist er zur Alimentation der Kinder verpflichtet?

III Civilsenat. Urtheil v. 13. März 1883 i. S. R. (N.) w. R. (Bekl.)
Rep. III. 439/82.

- I. Landgericht Meiningen.
- II. Oberlandesgericht Jena.

Aus den Gründen:

„Der Ehemann ist es, der nach römischem, wie nach deutschem Rechte für die Lasten der Ehe aufzukommen hat, namentlich also auch die Bedürfnisse der Ehefrau sowie die der Kinder, welche noch nicht zu einem selbständigen Hausstande gelangt sind, zu bestreiten, insbesondere ihnen den standesgemäßen Unterhalt zu gewähren hat. Ob die Frau dotirt ist, ob sie sonst eigenes Vermögen eingebracht hat, andererseits ob der Ehemann eigenes Vermögen besitzt oder genötigt ist, von seinem Verdienste abzugeben, ist für seine Verpflichtung, nach Kräften für die Kosten des Haushaltes unter Zuhilfenahme des Vermögens und Verdienstes von Frau und Kindern aufzukommen, irrelevant. Er kann den Anspruch von Frau und Kindern auf standesgemäßen Unterhalt nicht mit der Behauptung zurückweisen, daß er seine Vermögens- und Arbeitsrente für sich selbst bedürfe, denn seine Verpflichtung entspringt nicht allein aus dem Verhältnisse der Verwandtschaft, wo das Vermögen des Pflichtigen die regelmäßige Voraussetzung der Alimentationspflicht bildet, sondern sie beruht auf der Stellung des Ehegatten

als Haupt des Hauses und als Vorstand des Haushaltes, hat darum aber auch den Bestand der Ehe zu ihrer Voraussetzung. Für die Zeit dieser ist die Verpflichtung des Gatten, bezw. Vaters in dem gedachten Umfange auch kaum bestritten.

Vgl. Windscheid, Pandekten §. 491 Note 1. 2, §. 509 Note 5, §. 514 Note 10; Sintonis, Civilrecht Bd. 3 S. 8 Note 4, S. 130 Note 56; Holzschuher, Theorie und Kasuistik Bd. 1 S. 705 Nr. 5. 6; Brinz, Pandekten Bd. 3 S. 1298; Büngner, Alimentationspflicht S. 176 flg. S. 41 flg.; Seuffert, Archiv Bd. 14 Nr. 43, Bd. 26 Nr. 244; Blätter für Rechtspflege in Thüringen Bd. 18 S. 120 Ziff. 73.

Rücksichtlich des Kindes ändert sich hieran nichts durch die Scheidung der Eltern. Nach ausdrücklicher Vorschrift der Novelle 117 Kap. 7 wird die Alimentationspflicht des Vaters durch erstere nicht alteriert, selbst dann nicht, wenn ihm als schuldigem Teil die Erziehung entzogen ist, es sei denn, daß der Vater unvermögend, die Mutter aber vermögend wäre. Dies ist hier nicht der Fall, und die auf Alimentierung des Sohnes der Streittheile gerichtete Klage mußte daher unter der Voraussetzung, daß derselbe noch keinen selbständigen Haushalt gegründet hatte, sondern noch der elterlichen Erziehung und Verpflegung bedurfte, für begründet erachtet werden. Die ebengedachte Voraussetzung ist aber unerläßlich, wie sie es schon während stehender Ehe gewesen sein würde, wenn auch während dieser Zeit die Unselbständigkeit und Hilfsbedürftigkeit des Sohnes schon in seiner Teilnahme an der häuslichen Gemeinschaft der Eltern, „an deren Brod er war,“ ihren unmittelbaren und unzweideutigen Ausdruck gefunden hätte. Nachdem durch die Scheidung der Eltern zwischen diesen die häusliche Gemeinschaft aufgelöst und der Sohn der Mutter zur Erziehung überlassen worden ist, kann seine Selbständigkeit nur darin zum Ausdruck kommen, daß er sich selbst zu erhalten fähig, also „erwachsen“ ist, wie es in dem Urteile des Reichsgerichtes vom 9. April 1881 (vgl. Entsch. des R.G.'s in Civilf. Bd. 4 S. 154) ausgedrückt wird. Ob die Frage in dieser Richtung vom Berufsrichter erwogen worden ist, lassen die Ausführungen in den Gründen nicht erkennen, und wenn sich aus der Entscheidung selbst, welche dem Sohne die Rente bis zu dem Zeitpunkte zuspricht, wo er sich selbst zu erhalten imstande sein wird, auf die Annahme schließen läßt, daß dieser Zeitpunkt noch nicht eingetreten sei, so

beruht diese Annahme um deswillen auf ungenügender Grundlage, weil Beklagter in der Berufungsverhandlung für das Gegenteil Beweis angeboten, der Berufsrichter aber unterlassen hat, solchen zu erheben. Behufs dieser Erhebung war die Sache zu anderweiter Verhandlung und Entscheidung in die Vorinstanz zurückzuberweisen.

Den Anspruch der klagenden Ehefrau auf Alimente für sich selbst betreffend, so ist die Annahme des Berufsrichters, daß der zum schuldigen Teile erklärte Ehemann seine geschiedene Ehefrau zu alimentieren verpflichtet sei, mit Recht vom Revisionskläger als im gemeinen Rechte nicht begründet angefochten worden.

Daß nach römischem Rechte die Alimentationsverbindlichkeit des Ehemannes mit der Scheidung der Ehe aufhört, ist unbestritten.

Vgl. Windscheid, §. 491 Note 2; Büngner, a. a. O. S. 177 flg.; Ortloff, Juristische Abhandlungen Bd. 2 S. 5 flg.; Strippelmann, Ehescheidungsrecht S. 402.

Dagegen enthält das kanonische Recht (can. 18. C. XXXII qu. 7) eine Vorschrift im entgegengesetzten Sinne. Nach derselben ist ein Ehemann, welcher sich von seiner Frau wegen deren Unfähigkeit zum Beischlaffe hat scheiden lassen, verpflichtet, die schuldlöse und bedürftige Frau zu unterstützen: „non tamen subsidii opem subtrahat ab illa, quam infirmitas praepedit, non detestabilis culpa excludit.“ Teils in Anknüpfung an diese Bestimmung, teils in Anwendung der allgemeinen Grundsätze über die Verpflichtung zur Entschädigung wegen schuldvoller Handlungen hat sich nun allerdings Theorie und Praxis für die Verpflichtung des Ehemannes überwiegend, keineswegs aber in betreff ihres Umfanges und ihrer Voraussetzungen gleichförmig ausgesprochen,

vgl. Carpzov, Jurispr. consist. Bd. 2 S. 214; Pufendorf, Obs. jur. Bd. 4 S. 146 §. 6; Schmalz, Kanon. Recht §. 315; Glück, Kommentar Bd. 26 S. 475; Wiese, Kirchenrecht I. 1 Abteilung 1 S. 426; Hagemann, Praktische Erörterungen Bd. 8 Abt. 2 Nr. 4 S. 41, Bd. 6 Nr. 32; Büngner a. a. O. S. 178.

Urteile des Oberappellationsgerichtes zu Celle von 1838, 1859, 1869, 1870, Seuffert Bd. 12 Nr. 40, Entsch. des Trib. zu Celle Bd. 4 Nr. 38; Zeitschrift für hannoversches Recht Bd. 5 S. 41, Bd. 4 S. 269; vgl. Bartels, Ehe und Verlöbniß §. 85 S. 363.

Urteil von Wolfenbüttel, Seuffert Bd. 14 Nr. 42 (Dede-

sind, Ehescheidungsrecht S. 244 flg.). Doch hat das dortige Oberappellationsgericht vielfältig geschwankt. Debedind a. a. D.

Urteil von Darmstadt, Seuffert Bd. 25 Nr. 135.

Für Bayern vgl. Roth, Bayerisches Civilrecht Bd. 1 §. 67 Note 18 und

Urteil von München, Seuffert, Neue Folge Bd. 5 Nr. 218.

Für die ältere sächsische Praxis vgl. die Motive zum sächsischen Civilgesetzbuche §. 1750,

und ist diese Ansicht in eine Reihe von Gesetzen älterer wie neuerer Zeit übergegangen, auch in diesen jedoch in sehr verschiedener Weise zum Ausdruck gekommen, namentlich insofern, als die Verpflichtung bald alternativ, bald cumulativ neben den Vermögensstrafen besteht, bald nur dem Ehemanne, bald beiden Eheleuten auferlegt wird.

Vgl. preuß. A.L.R. II. 1. §§. 798 flg.; Sondershäuser Ehegesetz vom 30. August 1845 §. 30; Altenburger Ehegesetz von 1837 §. 274; Gothaisches Ehemandat von 1834 §. 166; Sächsisches Civilgesetzbuch §. 1750.

Für das Gebiet des gemeinen Rechtes läßt sich diese Ansicht, der sich auch die Vorderrichter angeschlossen haben, nicht genügend rechtfertigen.

Zuvörderst muß es als bedenklich erscheinen, auf die vorstehenden Zeugnisse gestützt etwa ein allgemeines deutsches Gewohnheitsrecht zu Gunsten derselben anzunehmen. Denn abgesehen davon, daß in der Praxis bezüglich der Voraussetzungen und des Umfangs einer solchen Alimentationspflicht keine Übereinstimmung herrscht, fehlt es auch keineswegs an Zeugnissen aus Theorie und Praxis für die entgegengesetzte Annahme überhaupt:

Vgl. Thibaut, Pandekten §. 471; Hofmann, Eherecht S. 300; Strippelmann, Ehescheidungsrecht S. 402.

Urteil von Celle von 1871 in der Zeitschrift für hannoversches Recht Bd. 5 S. 44.

Urteil von Kassel, Strippelmann a. a. D.

Urteil von Lübeck, Römer, Entsch. Bd. 4 S. 376.

Urteil von Rostock, Seuffert Bd. 13 Nr. 146, welches eine entschieden entgegengesetzte Praxis des dortigen Oberappellationsgerichtes bezeugt.

Ebenso wenig ist es gestattet, in der oben allegirten Bestimmung

des kanonischen Rechtes die Anwendung eines allgemeinen Prinzipes auf einen einzelnen Fall zu sehen. Vielmehr giebt sie sich selbst als eine singuläre Begünstigung der kränklichen, nur wegen Unfähigkeit zum Beischlaffe geschiedenen Ehefrau, die ihr zu teil wird mit Rücksicht auf die Härte der Ehetrennung in solchem Falle. Eine Erweiterung eines solchen singulären Satzes auf alle Fälle der Ehescheidung ist ungerechtfertigt. Es könnten daher nur die allgemeinen Rechtsgrundsätze sein, welche die durch ausdrückliche Vorschrift nicht begründete Verpflichtung anzunehmen verstaten, bezw. nötigen könnten. Aus ihnen läßt sie sich jedoch nicht herleiten.

Den Grund der Alimentationspflicht des Ehemannes bildet die Ehe, und mit dem Wegfalle dieser muß jene aufhören. Ihr Fortbestehen würde sich daher nur aus dem Gesichtspunkte der Entschädigungspflicht des Ehemannes als desjenigen, durch dessen Schuld die Scheidung herbeigeführt worden ist, rechtfertigen lassen, und in der That ist die Rechtfertigung immer auf diesem Wege versucht worden. Derselbe konnte jedoch nicht zum Ziele führen. Unmittelbar wird die Scheidung nicht durch den Mann, sondern durch die Frau, welche sie beantragt hat, aber nicht zu beantragen brauchte, herbeigeführt. Nur insofern ersterer ihr gerechten Anlaß zur Erhebung der Klage gab, trägt er die Schuld an der Scheidung, und nur in diesem Sinne behandelt ihn das Recht als schuldigen Teil (Novelle 117 Kap. 9). Es knüpft hieran aber nicht die Folge, daß er der Frau wegen der einzelnen, ihr durch Aufhebung der Ehe entgangenen Vorteile Ersatz leisten müsse, sondern es knüpft an seine Eigenschaft als schuldiger Teil nur gewisse Vermögensverluste zu Gunsten der Frau, die augenscheinlich einen Ersatz für die ihr aus der Scheidung erwachsenden Nachteile im ganzen bezwecken, deren Gewährung aber ebendeshalb die Annahme ausschließt, daß der Gesetzgeber an das Verhältnis des Ehemannes als schuldiger Teil noch weitere Entschädigungspflichten habe knüpfen wollen, sei es schlechthin, sei es für den singulären Fall, wo Vermögensstrafen unbeibringlich, anderweite Verbindlichkeiten aber vielleicht erzwingbar sein würden. Dafür, daß der Gesetzgeber eine solche eventuelle Ersatzpflicht für den entgangenen Unterhalt aufzuerlegen beabsichtigt hätte, fehlt es in den Gesetzen an allem Anhalte.“